

„Jahrestreffen Offener Kanäle, Berlin 1997“:

Berlin Deklaration

Das Recht auf Bürgerbeteiligung an den Medien in Europa fordern die Teilnehmer (aus fünfzehn europäischen und außereuropäischen Ländern) des vierten Jahrestreffens der Offenen Kanäle im November 1997 in der Berlin Deklaration.

Da in keinem EU-Dokument – außer allgemeinen Bekenntnissen zur informationellen Selbstbestimmung und zur Meinungsfreiheit – der Bürgerfunk oder Offene Kanäle ausdrücklich erwähnt werden, fordern sie mit der Berlin Deklaration auf der einen Seite rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen in Europa ein, die allen Bürgern direkten Zugang zu Informationen und Kommunikationsmitteln garantieren. Und gerade angesichts der Bedrohung des Bürgerrundfunks durch Deregulierung und Digitalisierung wünschen sie sich ein deutliches Wort der Anerkennung dieses Bürgerrundfunks und seiner Unverzichtbarkeit für demokratische Gesellschaften durch die EU und die nationalen Parlamente und Regierungen. Auf der anderen Seite verpflichten sie sich, eine europäische Vereinigung für Bürgermedien aufzubauen. Sie soll die nationalen Gruppen ermutigen und stärken und deren Zusammenarbeit fördern. Und sie soll auf europäischer Ebene wirkungsvoll für die Idee der Gleichheit in den Medien und für demokratische Kommunikationsstrukturen eintreten.

4. Jahrestreffen Offener Kanäle
„Open Channels for Europe!“
Berlin, 13.bis 16. November 1997

Berlin Deklaration

Wir, die Teilnehmer des Kongresses „Open channels for Europe!“,

- UNTERSTÜTZEN die Prinzipien, die in der „Universal Declaration of Human Rights“ und der „UN Declaration on the right to development“ niedergelegt sind, und betrachten das „Amsterdam Protocol to the Treaty of the European Union“ als Ermutigung.
- BESTÄTIGEN, daß im Geist des Artikel 10 der „European Convention on Human Rights“, Artikel 19 der „Universal Declaration of Human Rights“ und der „MacBride Commission“, das Recht zu kommunizieren – darin eingeschlossen das Recht auf freie Meinungsäußerung – anerkannt und verteidigt werden muß. Es ist unveräußerlich für alle und unverzichtbar für die Demokratisierung der Gesellschaft.
- BESTÄTIGEN, daß im Sinne der „People´s Communication Charter“ Kommunikation dazu beitragen sollte, alle in die Lage zu versetzen, menschliche Würde, Gleichheit und Freiheit zu verteidigen gegen sich ausbreitende Formen von Zensur, verzerrte und irreführende Information, stereotype Meinungen zu Geschlechtern und Rassen, begrenzten Zugang zu Wissen und gegen unzureichende Kommunikationsmittel, um die eigenen Ideen und Meinungen zu verbreiten.
- BESTÄTIGEN, daß für die Öffentlichkeit ein garantierter und diskriminierungsfreier Zugang zu allen Kommunikationsmitteln unerlässlich ist beim Aufbau und der Bewahrung eines demokratischen Prozesses, der zu einem zusammengehörenden Europa führt, das durch seine Einwohner aufgebaut und erhalten wird.

- SEHEN den fortschreitenden Prozeß bei der Deregulierungs- und Liberalisierungspolitik in Medien- und Kommunikationsangelegenheiten und das anhaltende Anwachsen von Armut, Arbeitslosigkeit und gesellschaftlicher Ausgrenzung als zunehmendes Risiko für das Wiedererstarken wenig transparenter, elitärer und undemokratischer Entwicklungen in Europa.

Wir – darauf aufbauend

- VERPFLICHTEN uns, eine europäische Vereinigung für Bürgermedien als Teil einer globalen Bewegung für Gleichheit in den Medien und für demokratische Kommunikationsstrukturen aufzubauen. Diese Vereinigung wird die Gruppen in ihren Bemühungen auf nationaler Ebene ermutigen und stärken. Sie wird außerdem die länderübergreifende Zusammenarbeit dieser Gruppen entwickeln und festigen. Die Vereinigung wird sich auch auf europäischer Ebene für den diskriminierungsfreien Zugang für alle zu allen Kommunikationsmitteln als einem bedeutsamen Bestandteil des Bürgerrechts auf freie Meinungsäußerung einsetzen.
- BITTEN das Europäische Parlament und die Europäische Kommission sowie nationale Parlamente und Regierungen in Europa anzuerkennen, daß der direkte Zugang für alle zu Informationen und die Teilhabe an „community television and radio“ und an Offenen Kanälen für demokratische Gesellschaften unverzichtbar sind. Sie sind wesentlich für die Entwicklung, Bewahrung und Integration kultureller sowie nationaler, regionaler und lokaler Identitäten. Dadurch sind sie ein bedeutsamer Bestandteil für die Schaffung eines Europas für alle.
- FORDERN EIN, daß in Europa sowie auf lokaler und regionaler Ebene entsprechende rechtliche und wirtschaftliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, die allen einen diskriminierungsfreien Zugang zu allen Kommunikationsmitteln, zu allen relevanten öffentlichen Informationen und Einrichtungen, zu den die Medienpolitik betreffenden Entscheidungsprozessen und zu angemessenen Formen der Meinungsäußerung garantieren.